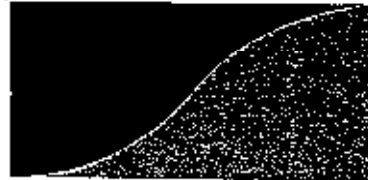


# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Postfach: 12 0408  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 3 86 846 ppb n d



## Inhalt

Klaus Lennartz MdB warnt die Regierung vor einem industriefeindlichen Kurs in der Abgaspolitik. Seite 1

Renate Lepsius MdB weist auf verfassungsrechtliche Bedenken gegen Blüms Neuordnung der Hinterbliebenenrente hin. Seite 2

Rüdiger Reitz, Referent für Kirchenfragen beim SPD-Parteivorstand, erläutert, wie sich die Sozialdemokraten beim Düsseldorfer Kirchentag einfügten. Seite 4

Dokumentation  
Heinz Galinskis offener Brief an Innenminister Zimmermann: "Ich bin persönlich tief enttäuscht" Seite 5

40. Jahrgang / 108

11. Juni 1985

Das Tempolimit kommt

Warum sagt die Regierung nicht die Wahrheit?

Von Klaus Lennartz MdB  
Mitglied im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages

Aus sicherer Quelle ist zu erfahren: Die Bundesregierung bereitet ein Tempolimit vor. Sie will damit an die Öffentlichkeit treten, wenn der derzeit laufende Großversuch am 20. November über die Bühne gegangen ist. Sie will sich vor allem auf die nun einlaufenden Ergebnisse des Waldschadensberichtes stützen, der schlimme Ergebnisse erwarten läßt. Und schließlich rechnet ganz offenbar die Bundesregierung nicht mehr damit, die Partner in der Gemeinschaft auf die US-Abgasnormen festlegen zu können.

Daher ist zu fordern, daß die Bundesregierung den Bürgern reinen Wein einschenkt, sagt, daß es keine Alternative zum Tempolimit gibt und damit der Verunsicherung von Autoherstellern und Nachfragern ein Ende bereitet. Alles, was die Bundesregierung nun an Verzögerung und an Hinhaltenaktik noch betreibt, ist als industriefeindlich zu werten und nicht zu verantworten. (-/11.6.1985/va/ks)

+ + +



**Blüms Marsch in ein Gestrüpp von Bedenken:****Enteignung von Rentenansprüchen bei der Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung**

Von Dr. Renate Lepsius MdB

Eine Karikatur in einer führenden Frankfurter Zeitung zeigte den Kanzler, Monumental als Denkmal. Unterschrift: "Hier demontiert die Koalition." Leute mokieren sich über die Regierung. Die Flügel der Regierungskoalition flattern aufgeregt hin und her. Nachfolger werden erstmals öffentlich gehandelt. Der einmalige nordrhein-westfälische Sieg der Sozialdemokraten hat die politische Szene verändert. Vom "Johannes-Land" ist die Rede, von Johannes Raus Kanzlerkandidatur für die Bundestagswahlen 1987. Auch von der möglichen Wende der sogenannten Wende. Die Bürger haben die Entscheidungslosigkeit satt. Schließlich geht's um ihre Interessen. Und die sind ja beim Radikalkurs der konservativen Regierung nicht grad zimperlich behandelt worden.

Was ist nicht ins Gerede gekommen? Die Steuerreform, kurz vor Pfingsten ohne große "Erleuchtung" verabschiedet, wurde noch abends über Fernsehen und öffentliche Veranstaltungen von CSU und FDP kritisiert. Nicht etwa aus Gerechtigkeitsgründen bei der Einführung von Kinderfreibeträgen oder unsozialen Wirkungen, die von Sozialdemokraten aufs Korn genommen wurden. Nein. Die Einstufigkeit ist hier Thema Nummer eins.

Bei der Rentenreform ist angesichts fataler Fehlentscheidungen bei steigender Arbeitslosigkeit und leeren Kassen heute von der Rentenpleite die Rede, ein Wort, das der jetzige Arbeitsminister Blüm in den 70er Jahren erfunden hatte, um wohlüberlegte Sparmaßnahmen der sozialliberalen Koalition an der Rentenfront zu denunzieren. Ironie des Schicksals: Blüms Gesetzentwurf zur Rentenreform stößt auf immer heftigere verfassungsrechtliche Bedenken, nicht nur bei Politikern, sondern auch bei den Wissenschaftlern, die eigens zur Anhörung nach Bonn gekommen waren.

Seit einem halben Jahr habe ich mich als Bundestagsabgeordnete mit den verfassungsrechtlichen Fragen des sogenannten Einkommens-Anrechnungsmodells bei der Neuordnung der Hinterbliebenenreform beschäftigt. Zugegeben: dies sind schwierige Fragen. Aber, dies kann den Politiker ja doch wohl nicht kalt lassen: Nach geltendem Recht erhalten Frauen nach dem Tode ihres versicherten Mannes grundsätzlich immer eine Witwenrente. Umgekehrt erhalten Männer, deren Frauen gestorben sind, nur dann eine Witwenrente, wenn die Frau überwiegend den Unterhalt der Familie bestritten hat. Das sind nur ganze 8.000 Männer. Künftig wird Männern wie Frauen unter grundsätzlich gleichen Bedingungen eine Witwenrente zugestanden. Freilich ist die konservative Bundesregierung unter Kostengesichtspunkten vom Teilhabemodell, über das man sich Anfang der 80er Jahre einig war, abgerückt. Heute preist man das Einkommens-Anrechnungsmodell als der Weisheit letzter Schluß.



Leider wird der Freibetrag von 900 DM eine Reihe verrückter Folgen haben. Alles, was über 900 DM hinausgeht, unterliegt einer Anrechnung. Dabei wird Erwerbseinkommen und Renteneinkommen den Rentenanspruch des hinterbliebenen Ehepartners vermindern oder sogar zum völligen Entzug von Hinterbliebenenrente führen. Da für die Anrechnung von Renten willkürliche Ausnahmen gemacht werden, beispielsweise sind Lebensversicherungen, Kapitalvermögen und Betriebsrenten ausgenommen, wird sich diese Regelung seltsam manipulativ auswirken. Im Endergebnis lohnt sich Arbeit unter bestimmten Voraussetzungen nicht mehr. Je höher Rentenansprüche sind, um so wahrscheinlicher unterliegt die Hinterbliebenenrente einer Kürzung oder völliger Streichung. Dies nenne ich "Enteignung" von Rentenansprüchen. Ein Verstoß gegen den Eigentumsschutz des Artikel 14 und gegen den Artikel 3 des Grundgesetzes.

Die Anhörung im Bundestag kam zu ähnlichen Ergebnissen. Deshalb habe ich vorgeschlagen, daß aus verfassungsrechtlichen Gründen ein bestimmter Prozentsatz der erworbenen Hinterbliebenenrente erhalten bleiben muß. Aber, wie ich höre, will die Regierung trotzdem ihren Entwurf noch vor der Sommerpause durchpeitschen, ohne Rücksicht auf bessere Erkenntnis. Da können sich Frauen mal wieder freuen. Wenn sie trotz Familienpflichten selber erwerbstätig sind, ihre Kinder vielleicht noch klein und sorgebedürftig, und sie das große Unglück haben, ihren Mann zu verlieren, dann werden sie neben ihrem Einkommen nichts mehr von ihrer Witwenrente sehen. Das stelle man sich vor. Das reiht sich würdig an die Streichung der Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten für Hausfrauen und Selbständige, gewaltigen Summen jährlich, man spricht von rund 25 bis 30 Milliarden Mark bis 1998.

Mich erbittert es, daß man glaubt, mit Sprüchen wettzumachen, was man den Bürgern aus der Tasche zieht. Gerade Frauen haben seit der Wende die Zeche gezahlt. Mehr als andere Gruppen, die von Sparmaßnahmen hart angegangen wurden. Auch beim reformierten Paragraphen 218 gibt es eine Diskussion, die besonders aus unserem Land Baden-Württemberg in Gang gesetzt wurde. An der Spitze marschieren übrigens badische Abgeordnete. Diese Diskussion läßt Schlimmes befürchten. Warum sind die Sozialhilfekosten ins Gigantische gestiegen? 1982 waren es noch rund 15 Milliarden DM, 1984 schon 19 Milliarden DM. Ein erschreckender Beweis für die unsoziale und, was die Arbeitslosigkeit angeht, extrem erfolglose Politik der Wenderegierung.

(-/11.6.1985/va/ks)

+ + +



**Wie fügten sich die Sozialdemokraten ein?**

Der Düsseldorfer Kirchentag war für uns ein Experiment

Von Rüdiger Reitz

Referent für Kirchenfragen beim SPD-Parteivorstand

Warum müßte man den Evangelischen Kirchentag erfinden - um einen Satz aus der Schlußrede des Kirchentagspräsidenten aufzugreifen - gäbe es ihn nicht schon? Weil er in nahezu idealer Weise dem Bedürfnis des modernen Menschen entgegenkommt, sich unzensuriert von mächtigen Interessenvertretungen und frei von Manipulationen orientieren zu können. Dies macht aggressionsfrei und strahlt menschliche Wärme ab, die zur sprichwörtlichen solidarischen Brüderlichkeit im Umgang miteinander auf dem Kirchentag führt. Insofern ist der Kirchentag zu einer "Leistungsschau" kirchlicher und gesellschaftlicher Impulse geworden.

Dieser gerade zu Ende gegangene Kirchentag bedarf einer besonderen Wertung für den Bereich "Markt der Möglichkeiten". Ein immer anspruchsvolleres Feld für Orientierung ist er inzwischen. Auf ihm lernen die gesellschaftlichen Gruppen miteinander zurecht zu kommen. Aus dieser Zusammenarbeit, zumal über die Dauer eines Jahres im Vorfeld des Kirchentages, erwächst die schon sprichwörtliche soziale Phantasie im gestalterischen.

Wie aber fügen sich Großorganisationen, zum Beispiel Parteien, hier ein? Die SPD hat die Antwort darauf erstmals in einer von früheren Kirchentagen abweichenden Form gesucht. Der zentrale SPD-Stand, der Stand von "Christen in der SPD" des Parteivorstandes, war in Düsseldorf kein profihaft aufgemachter und das, was man einen repräsentativen Einzelstand nennt, mehr. Stattdessen haben wir uns auf die Größe einer Koje in einer riesigen Kooperation mit 20 Gruppen zum Stichwort "Aufbruch zu einer Bewegung - gemeinsam gegen Arbeitslosigkeit" zurückgenommen. Mit Arbeitsloseninitiativen, Arbeitslosenzentren, Jugendwerkstätten, der AWO, selbstverwalteten Betrieben und Genossenschaften zusammen versuchten wir, dem Kirchentagsbesucher und uns selbst die Breite und Verästelung des Problems Arbeitslosigkeit zu verdeutlichen.

Wir - das sind die Obleute für Kirchenfragen aus den Landesverbänden und Bezirken - haben dabei Erfahrungen gesammelt, die wir nicht mehr missen möchten. Wir haben gelernt, wie wir großspuriges und auf reine Selbstdarstellung bezogenes Auftreten abbauen können, wo die (berechtigten) Empfindlichkeiten kleinerer Gruppen in der Zusammenarbeit mit einer Partei entstehen, wie der Austausch von Überzeugungen und Gefühlen über Vorurteilsbarrieren hinweg eingeübt werden kann. Daß einige Arbeitsgemeinschaften der SPD am Einzelstand auf dem "Markt der Möglichkeiten" festgehalten haben, tut diesem Konzept keinen Abbruch.

Fest steht: Dies war das erste Mal, daß so unterschiedliche Gruppen mit einer Partei zusammen in das Experiment einer Kooperation eintraten. Wir werden dieses Instrument der Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen verfeinern und unter anderem beim Frankfurter Kirchentag 1987 erneut anzuwenden versuchen. Nicht zuletzt können wir für die Gestaltung unserer Parteitage gerade von diesem Düsseldorfer Kirchentag lernen.

Zugleich wollen wir mit den Erfahrungen auf dem "Markt der Möglichkeiten" einen Beitrag zur kirchentagsinternen Diskussion über das künftige Auftreten von Parteien und Großorganisationen leisten, eine Diskussion, die - Informationen zufolge - jetzt geführt werden soll. Selbstdarstellung im Einzelstand oder Selbsteinbindung in eine Kooperation - so stellt sich die Alternative.

Für eine wachsende Zahl von Sozialdemokraten sind die Evangelischen Kirchentage der letzten Zeit zu einem Schlüsselerebnis von Christentum geworden. Gerade dieser Letzte, von der Regierung geschnitten und von der CDU/CSU beinahe boykottiert, hat besonders dazu beigetragen. (-/11.6.1985/va/ks)

+ + +



**DOKUMENTATION**Galinski: "Ich bin persönlich tief enttäuscht"

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, hat Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) in einem offenen Brief auf erläuternde Schreiben des Ministers zu dem Treffen ehemaliger SS-Angehöriger in Nesselwang geantwortet. Das Schreiben Galinskis im Wortlaut:

'Sehr geehrter Herr Bundesminister,

Ihre Antwort auf meine Schreiben vom 28. und 29. Mai dieses Jahres hat mich tief getroffen. Ich hatte von Ihnen Hinweise über den Stand der Ermittlungen in dem Skandal von Nesselwang erwartet. Statt dessen haben Sie mir eine in der Sache völlig nichtssagende Antwort zukommen lassen. Ich halte es darüber hinaus für völlig unangemessen, einem direkt Betroffenen und ehemals Verfolgten den Unterschied zwischen NS-Diktatur und parlamentarischer Demokratie erklären zu wollen.

Ist es denn nicht die Aufgabe des für Sicherheit zuständigen Bundesministers, sich Gedanken darüber zu machen, wie man mit den Ewiggestrigen in diesem Lande fertig werden kann? Wenn die Unglaublichkeiten von Nesselwang unwidersprochen bleiben, werden sie in verheerendem Maße Nachwirkungen besonders auf die junge Generation haben. Wenn alte SS-Männer heute die Stirn besitzen, weiterhin als 'Leibstandarte Adolf Hitler' aufzutreten, wenn sie außerdem erklären, sich nicht nur für ehemalige SS-Angehörige, sondern vor allem auch für junge Menschen öffnen zu wollen, so ist das ein ungeheuerlicher Vorgang.

Es besteht doch offensichtlich die Gefahr, daß wieder ein Nachwuchs im Geiste der NS-Ideologie herangezogen wird und junge Menschen in dieser unseligen Tradition der SS-Leute erzogen werden. Es ist doch letzten Endes die Absicht dieser Verbände, weiterhin politisch in der alten gefährlichen Ideologie aktiv zu sein. Deshalb ist der HIAG eben doch ein Verband, der die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik gefährdet.

Es dürfte Ihnen doch nicht unbekannt sein, daß sich Juden nach den nationalsozialistischen Massenverbrechen bereit fanden, in diesem Deutschland, das Ihnen unsagbar viel Leid angetan hatte, wieder als Bürger leben zu wollen. Ich glaube, daß das ein ganz besonders wichtiges Element war, das die Völker, die nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus voller Mißtrauen waren, veranlaßte, bald wieder Vertrauen in die sich nach dem Krieg entwickelnde Demokratie in Deutschland zu fassen. Dabei wissen Sie



doch sehr gut - und das haben die letzten Ereignisse wieder bewiesen -, daß nach wie vor Mißtrauen in vielen Ländern vorhanden ist, die Partner der Bundesrepublik Deutschland sind. Die unglaublichen Vorgänge anläßlich der SS-Treffen und vor allen Dingen das Verhalten von Regierungsstellen in diesem Zusammenhang haben dieses Mißtrauen noch vergrößert.

Bitte erinnern Sie sich: Im Vorfeld der nationalsozialistischen Machtübernahme gab es zuerst das böse Wort, das keiner ernst nahm. Dann folgten die Taten. Wie angekündigt, verbrannte man zuerst Bücher, dann Synagogen, dann Menschen.

Ich habe mich seit 40 Jahren bemüht, durch meine Tätigkeit Schaden von der Bundesrepublik Deutschland abzuwehren und um Vertrauen und Verständnis für unsere neue Demokratie zu werben. Jederzeit habe ich - und das dürften auch Sie wissen - die unglaublichen Vergleiche der Bundesrepublik Deutschland mit dem NS-Regime auf das schärfste zurückgewiesen.

Aber ich muß Ihnen sagen, daß mit einer derart rechthaberischen, im Grunde unpolitischen Haltung, wie in Ihrem Schreiben an mich unter Hinweis auf Rechtsvorschriften, vielen Gutwilligen der Mut zum Engagement für diese Demokratie genommen werden könnte. Ein Glück, daß der Herr Bundespräsident in seinen großen Reden eine andere Haltung verkörpert.

Ich persönlich bin tief enttäuscht. Jedenfalls können sich die Bundesregierung und insbesondere der zuständige Minister nicht aus ihrer politischen Verantwortung entlassen. Hier steht mehr auf dem Spiel als nur das Schicksal von 28.000 jüdischen Bürgern, nämlich das Ansehen und die Glaubwürdigkeit dieser Republik. Wer das nicht zur Kenntnis nehmen will, hat die Zeichen der Zeit nicht verstanden.

Sehr geehrter Herr Minister, da ich Ihre Antwort auf meinen Brief als unbefriedigend empfinde und die Sache von großer politischer Bedeutung ist, betrachte ich meine Zeilen als offenen Brief, den ich der Öffentlichkeit zugänglich machen werde.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dr. Heinz Galinski

Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin\*\*

(-/11.6.1985/va/ks)

+ + +

